

Nürburgring zeigt Interesse an Flughafen

Frankfurt-Hahn seit Herbst 2021 insolvent

HAHN. Schon seit Herbst 2021 ist der Hunsrück-Flughafen Frankfurt-Hahn insolvent. Bereits vor einem halben Jahr hat ihn die Swift Conjoy GmbH mehrheitlich und mit unterschriebenem Vertrag gekauft, aber nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur trotz Fristverlängerung immer noch nicht bezahlt. Nun könnte der einzige größere Flughafen in Rheinland-Pfalz, an dem das Land Hessen einen Minderheitsanteil hält, teils unter den Einfluss der Besitzgesellschaft des Nürburgrings und ihres russischen Haupteigentümers kommen.

Hahn-Insolvenzverwalter Jan Markus Plathner teilt der dpa mit: „Dass es im Transaktionsprozess zu Verzögerungen kommt, ist ärgerlich. Wir prüfen weitere Maßnahmen und Alternativen, um schnell Klarheit für den Flughafen Frankfurt-Hahn zu schaffen.“ Dazu gehören nach dpa-Informationen auch vertrauliche Gespräche im Umfeld des Nürburgrings – etwa mit der Ring-Besitzgesellschaft NR Holding um dem wohlhabenden russischen Pharma-Unternehmer Viktor Charitonin. Dass diese schon im ursprünglichen Hahn-Bieterverfahren dabei gewesen ist, hat sie der dpa vor einiger Zeit bestätigt. Zum aktuellen Stand äußerte sie sich nicht.

Gemäß EU-Recht erhält in einem solchen Verfahren der Bieter mit dem höchsten Gebot den Zuschlag, hier also seinerzeit die Swift Conjoy GmbH in Frankfurt. Sollte diese ihre Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen, kann der Insolvenzverwalter auf unterlegene Interessenten zugehen – und von Swift Conjoy womöglich Schadenersatz verlangen. Plathner hat sich bislang nicht zu neuen möglichen Investoren am Airport Hahn geäußert.

Der ebenfalls einst insolvente Nürburgring floriert mit dem aktuellen russischen Haupteigentümer Charitonin wieder. Die Rennstrecke in der Eifel hat etliche wirtschaftliche Standbeine von Motorsport und sogenannten Touristenfahrten von Hobbyrennfahrern über Firmen-events bis hin zum legendären Musikfestival Rock am Ring. *dpa*

ZAHLE DES TAGES



37 Prozent von 1600 befragten Freiberuflern bewerten die Mehrbelastung durch gestiegene Kosten und Inflation als „stark“, wie aus einer Umfrage des Bundesverbands der Freien Berufe (BFB) unter seinen Mitgliedern hervorgeht, über die das Redaktionsnetzwerk Deutschland berichtete. Jeder zehnte Befragte befürchtet, dass die Mehrbelastung im Jahr 2023 existenzbedrohend sein werde. *dpa* | FOTO: DPA

IG Metall erwartet stabile Entwicklung

FRANKFURT/MAIN. Die Gewerkschaft IG Metall erwartet für das neue Jahr trotz hoher Inflation eine stabile Wirtschaftsentwicklung, zu der auch der Tarifabschluss in der Metall- und Elektroindustrie beitragen werde. Die Kombination aus staatlichen Entlastungen und tariflichen Steigerungen werde 2023 zu einem „Milliarden-Booster“, sagte der Erste Vorsitzende Jörg Hofmann in Frankfurt der Deutschen Presse-Agentur. „Die Konsumkraft wird stabilisiert.“ *dpa*

Der Bundeslandwirtschaftsminister über hohe Lebensmittelpreise und gutes Essen in der Kantine

Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Grüne) rechnet nicht damit, dass die Lebensmittelpreise zeitnah sinken. Spartipps für Verbraucher will er deshalb aber trotzdem nicht geben. Mit Özdemir sprach Hagen Strauß.

Herr Minister, werden die Preise für Lebensmittel irgendwann wieder fallen?

Cem Özdemir: Die Ursache der aktuellen Preissteigerungen hat ja einen Namen: Wladimir Putin. Solange der russische Präsident seinen schrecklichen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt, werden wir irgendwie mit den Folgen umgehen müssen.

Das heißt konkret?

Özdemir: Uns ist als Bundesregierung sehr bewusst, wie schwierig das für viele ist, und wir haben deshalb einen milliardenschweren Schutzschirm gespannt und mehrere Entlastungspakete auf den Weg gebracht. Zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass wir die Folgen des russischen Krieges nicht ungeschehen machen können. Wir sollten auch nicht vergessen: Es sind die mutigen Ukrainerinnen und Ukrainer, die die Hauptlast des verbrecherischen Krieges Russlands tragen. In der Ukraine werden unsere europäischen Werte – Freiheit und Demokratie – verteidigt. Putin glaubt, dass er unsere Unterstützung mit seinem Energiekrieg und den bekannten Folgen durchbrechen kann, aber da hat er sich verrechnet.

Was raten Sie den Bürgern?

Özdemir: Ich glaube, die Menschen brauchen keine gut gemeinten Spartipps eines Bundesministers. In der Bundesregierung haben wir viele Maßnahmen umgesetzt, die die Bürgerinnen und Bürger in dieser schwierigen Zeit entlasten. Und auf einige davon können wir als Land auch stolz sein – nehmen Sie zum Beispiel die rekordverdächtig schnelle Einrichtung eines LNG-Terminals, die Gas- und Strompreisbremse oder die schnelle und vor allem unbürokratische Krisenhilfe für die Landwirtinnen und Landwirte von 180 Millionen Euro. Auch das hilft am



INTERVIEW CEM ÖZDEMİR

„Viel zu viele Lebensmittel landen im Müll“

„Jede und jeder sollte die Chance haben, gesund alt zu werden“, sagt Cem Özdemir (Grüne), Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft. FOTO: DPA

Ende den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Hinzu kommen die diversen Entlastungspakete, die den Bürgerinnen und Bürgern unmittelbar helfen.

Wie schwierig ist es, in so einer Lage den Klima- und Artenschutz voranzutreiben?

Özdemir: Es gab sicherlich schon mal bessere Voraussetzungen. Aber noch mal ganz deutlich: Die Preissteigerungen liegen an Putins Krieg und haben nichts mit Klima- und Artenschutz zu tun. Die Versäumnisse der Vergangenheit rächen sich jetzt, Stichwort Abhängigkeit von russischem Gas und fossilen Energien, so herum wird ein Schuh draus. Unser Vize-Kanzler Robert Habeck hat wie kein anderer Wirtschaftsminister vor ihm den Turbo beim Ausbau der Erneuerbaren angeworfen. Beim Klima- und Artenschutz ist es ähnlich, wir müssen unsere natür-

ZUR PERSON

Cem Özdemir, geboren am 21. Dezember 1965 in Bad Urach, studierte Sozialpädagogik in Reutlingen. 1981 trat er den Grünen bei, 1994 zog er erstmals in den Bundestag ein. Seit Dezember 2021 ist er Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft. Özdemir ist verheiratet und hat zwei Kinder. *nj*

lichen Grundlagen jetzt schützen. Naturgesetze lassen nicht mit sich verhandeln.

Wie wird es jetzt weitergehen bei der Tierhaltungskennzeichnung?

Özdemir: Den Gesetzentwurf für eine staatliche, verbindliche Kennzeichnung habe ich durchs Bundeskabinett und den Bundesrat gebracht, nun berät das Parlament darüber. Ich will, dass Verbraucherinnen und Verbraucher eine echte Wahl bekommen, Fleischprodukte aus einer tierechteren Haltung zu kaufen. Diesen Wunsch der übergroßen Mehrheit können wir nur erfüllen, wenn alle Produkte gekennzeichnet sind und so die Leistungen der Landwirtinnen und Landwirte für mehr Tierschutz sichtbar werden. Wir beginnen mit frischem, unverarbeiteten Schweinefleisch, weil ich es erst in Brüssel einmal notifizieren, sprich genehmigen lassen muss – und weiten das dann Schritt für Schritt auf weitere Tierarten, verarbeitete Produkte und andere Vertriebswege aus.

Das kostet aber Geld.

Özdemir: Die Tierhaltung in Deutschland steckt seit Jahren in der Krise. Dass nun ausgerechnet ein Vegetarier kommen muss, um die Tierhaltung

in Deutschland zukunftsfit umzubauen, ist schon auch ein besonderer Winkelzug des Schicksals. Unser Motto lautet: Weniger Tiere besser halten – und den Betrieben damit ein gutes Einkommen sichern. Neben der Tierhaltungskennzeichnung werden wir die Betriebe finanziell unterstützen, die in den Bau oder Umbau von tierechteren Ställen investieren. Darüber hinaus, und das ist ein großer Ampel-Erfolg für unsere Landwirtschaft, werden wir

„Die Tierhaltung in Deutschland steckt seit Jahren in der Krise“

sie auch bei den laufenden Mehrkosten für mehr Tierschutz unterstützen.

Viele Menschen sind zu dick. Welche Rolle spielt das in der Ernährungsstrategie Ihres Hauses?

Özdemir: Gut zwei Drittel der Männer, ungefähr die Hälfte der Frauen und fast jedes sechste Kind in Deutschland sind übergewichtig. Das bedeutet nicht nur teils krasse, individuelle gesundheitliche Probleme, sondern auch enorme Folgekosten für die Gesellschaft. Wir sollten deshalb alles daran setzen, dass es für alle Menschen in Deutschland möglich ist, sich gut und gesund zu ernähren – unabhängig von Einkommen, Bildung oder Herkunft. Das hat auch mit Wertschätzung zu tun,

wenn hart arbeitende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sich darauf verlassen können, in der Kantine gutes Essen zu bekommen. Und wir tun uns als Gesellschaft einen großen Gefallen, wenn wir unseren Kindern, dem Wertvollsten, was wir haben, schon in Kita und Schule zeigen, wie ein gesundheitsförderndes und abwechslungsreiches Essen aussieht. Ernährung entscheidet mit über faire Lebenschancen – oder anders gesagt: was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Die Gemeinschaftsverpflegung ist also ein enorm wichtiger Hebel. Jede und jeder sollte die Chance haben, gesund alt zu werden.

Sollte das Containern straffrei sein?

Özdemir: In Deutschland landen viel zu viele Lebensmittel im Müll, insgesamt rund elf Millionen Tonnen und mehr als die Hälfte leider in privaten Haushalten. Es gibt deshalb nicht die eine Lösung, um das Problem der Lebensmittelverschwendung mit einem Schlag zu lösen. Wir müssen deshalb pragmatisch schauen, wo wir ansetzen können. Was das sogenannte Containern betrifft: Wer noch verzehrfähige Lebensmittel aus Abfallbehältern retten will, sollte dafür nicht belangt werden. Ich glaube, wir alle wünschen uns, dass sich unsere Polizei und Gerichte stattdessen um Verbrecherinnen und Verbrecher kümmern.

Kunden dürfen jetzt Mehrweg verlangen

Für Gastronomiebetriebe, die Essen und Getränke zum Mitnehmen verkaufen, gelten neue Vorgaben

BERLIN. Der Kaffee-to-Go und das Mittagessen vom Restaurant nebenan müssen von nun an auch im Mehrwegbecher und der wiederverwendbaren Dose angeboten werden. Seit Sonntag gilt in Deutschland die Mehrwegangebotspflicht. Demnach müssen Restaurants, Bistros und Cafés, die Essen und Getränke zum Mitnehmen verkaufen, Produkte auch in Mehrwegverpackungen anbieten. So sollen laut Bundesumweltministerium insbesondere Einwegverpackungen aus Kunststoff ersetzt werden. Der Bundestag hatte diese Pflicht im Mai 2021 beschlossen.

Seit Jahren steige der Verbrauch von Verpackungen an, sagte Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne). Die neue Pflicht zum Mehrwegangebot könne hier entscheidend zur Trendumkehr beitragen. „Viele Restaurants und Cafés, aber auch Caterer und Kantinen, haben bereits frühzeitig umgestellt. Niemand muss mehr Wegwerfplastik hinnehmen“, sagte sie. „Künftig sollte die Pflicht auch für sämtliche Einweg-Verpackungen gelten, egal, aus welchem Material sie sind. Es braucht auch noch bessere Rücknahme- und Pfandsysteme.“ Dafür sei zum Beispiel eine Mindestquote für Mehrweggetränkeflaschen in

Supermärkten denkbar. Der neuen Vorgabe zufolge darf dasselbe Produkt in der Mehrwegverpackung nicht teurer sein als in der Einwegverpackung. Von der Novelle ausgenommen sind kleinere Geschäfte wie Imbisse, Späts und Kioske, in denen höchstens fünf Beschäftigte



Wer Essen aus dem Restaurant oder von einem Imbiss holt, nimmt bisher oft auch Müll mit. Das soll sich ab diesem Jahr ändern. FOTO: DPA

arbeiten und die gleichzeitig eine Ladenfläche von nicht mehr als 80 Quadratmetern haben. Allerdings besteht die Möglichkeit, Speisen und Getränke in selbst mitgebrachte Mehrwegbehältnisse füllen zu lassen. Eine Sprecherin des Hotel- und Gaststättenverbands Dehoga sagte:

„Für die allermeisten Betriebe bedeutet das verpflichtende Verhalten von Mehrwegbehältnissen zusätzliche Belastungen.“ Wer gegen die neuen Vorschriften verstößt, riskiert ein Bußgeld von bis zu 10 000 Euro.

Für den Umweltverband BUND geht der Schritt in die richtige Richtung, aber nicht weit genug. Er fordert eine ausnahmslose Mehrwegpflicht, da er fürchtet, dass viele Händler weiter Einweg als Standard anbieten werden. Aus Sicht der Deutschen Umwelthilfe (DUH) drohen die Regeln in ihrer jetzigen Form ins Leere zu laufen. Zwar sei der Ansatz richtig. Die Regelung enthalte jedoch weder Vorgaben, wie viel Mehrweg genutzt werden soll, noch eine finanzielle Schlechterstellung von umwelt- und klimaschädlichem Einweg.

Greenpeace befürchtet, dass die Branche trotz langer Vorlaufzeit nicht auf die flächendeckende Umsetzung vorbereitet ist. Um zu überprüfen, ob das Gesetz auch wirklich umgesetzt wird, starten die Umweltschützer die bundesweite Recherche „Deutschland macht den Mehrweg-Test“. Dazu sollen vom 1. bis 8. Januar 2023 in den größten deutschen Städten und bei den größten Gastronomiebetrieben und Lieferdiensten Tests durchgeführt werden. *dpa*

NACHRICHTEN

Kroatien ist jetzt Euro- und Schengen-Land

ZAGREB. Das EU-Land Kroatien hat in der Neujahrsnacht zwei entscheidende Neuerungen vollzogen: Um Mitternacht führte das Land an der Adria den Euro als Landeswährung ein – und trat zugleich der grenzkontrollfreien Schengen-Zone bei. Beides erleichtert auch Millionen von deutschen Urlaubern das Leben. Sie müssen kein Geld mehr tauschen und ersparen sich Wechselkursverluste sowie oft stundenlange Wartezeiten an den slowenisch-kroatischen Grenzübergängen. Zuletzt war Litauen 2015 der Eurozone beigetreten, Kroatien ist das 20. Land mit der Gemeinschaftswährung. *dpa*

Importstopp für Rohöl aus Russland in Kraft

BERLIN. Deutschland hat zum Jahreswechsel alle Importe von Rohöl aus Russland gestoppt. Seit dem 5. Dezember galt bereits ein EU-Embargo gegen russisches Rohöl, das per Tanker kommt. Nun folgt ein deutscher Importstopp für Öl aus der Pipeline Druschba. Die ost-deutschen Raffinerien in Schwedt in Brandenburg und Leuna in Sachsen-Anhalt müssen deshalb die Bezugsquellen umstellen. *dpa*